



WissenschaftsForumSaar
Forum für Wissenschaft

Saarbrücken, den 24.01.2003

Bericht

zur öffentlichen Podiumsdiskussion
am 17. Dezember 2002
im Musiksaal der Universität des Saarlandes, Saarbrücken

„Reiche Gesellschaft? - Armer Staat?
Realität und Perspektiven
der Hochschulfinanzierung“

(von Silvia Hansen)

Auf dem Podium nahmen an der Veranstaltung teil:

Prof. Dr. Gisela Färber, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Dr. Josef Lange, Staatskanzlei des Freistaates Thüringen, ehem. Staatssekretär in Berlin,
ehem. Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz

Prof. Dr. Heiner Müller-Merbach, Professor an der Universität Kaiserslautern

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin und Präses der Finanzbehörde Hamburg a.D.,
ehem. Vertreterin der Finanzseite im Wissenschaftsrat

Dr. Rüdiger Pernice, Staatssekretär a.D., Generalsekretär des Wissenschaftsforums Saar

Martin Sand, ehem. AStA-Vorsitzender der Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin der Universität des Saarlandes, Vizepräsidentin
der Hochschulrektorenkonferenz

Begrüßung und Moderation der Diskussion erfolgte durch Prof. Dr. Reinhard Daus (1.
Stellvertr. Vorsitzender des Wissenschaftsforums Saar, Professor an der Universität des
Saarlandes), die Einführung nahm Dr. Josef Lange (Staatskanzlei des Freistaates Thüringen,
ehem. Staatssekretär in Berlin, ehem. Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz) vor.
An der Veranstaltung nahmen ca. 50 Personen teil.

Einführungspapier von Dr. Josef Lange:

Grunddaten der Hochschulen (Quelle: Statist. Bundesamt u. a.)

In 2002 rund 258.000 Studienanfänger, 37,5 Prozent des gleichaltrigen Bevölkerungsanteils, und rund 1,945 Mio. Studierende (WS 2002/03), das sind Höchststände in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands. Anstieg bei Studienanfängern seit 1996/97 mit 267.500 Studienanfänger bis voraussichtlich 2008 aufgrund der Geburtenzahlentwicklung, danach Rückgang wegen des "Wendeknicks" in den Geburtenzahlen der neuen Länder, Anstieg Studierendenzahl seit 1999/2000 mit 1,774 Mio. Studierenden.

In 2001 rund 208.100 Absolventen, darunter 92.400 Universitätsabschlüsse (44 %), 66.000 FH-Abschlüsse (32 %), knapp 25.000 Promotionen (12 %).

In 2001 knapp 492.300 Beschäftigte in Hochschulen und Hochschulkliniken (ohne stud. Hilfskräfte), das sind 3.600 oder 0,7 % mehr als in 2000. Gut 37.600 Professoren, das sind 0,4 % weniger als in 2000. Frauenanteil von 11,0 %, kontinuierlich gestiegen seit 1992 mit damals 6,5 %.

Ausgaben F&E in 1999: 15,5 Mrd. DM, darunter: Drittmittel: ~ 5,1 Mrd. DM = 33 %, davon: DFG: ~ 2,0 Mrd. DM = 40 %, Privatwirtschaft: ~ 1,7 Mrd. DM = 33 %

1991 bis 1999: Ausgaben F&E: + 25 %, Drittmittel: + 33 %

Drittmittel in 2000 an Universitäten 112.300 Euro je Professorenstelle, Fachhochschulen rund 8.000 Euro je Professorenstelle. Zahlen des Statist. Bundesamtes und der DFG zeigen dramatische Unterschiede zwischen den Hochschulen (U Stuttgart 336.100, RWTH AC 323.300, Med. Hochschule Hannover 282.400 Euro je Professorenstelle).

Im internationalen Vergleich des Jahres 1999 (OECD: Education at a glance 2002): rund 4.000 US\$ für F&E in den Hochschulen (= 38 %), damit D im vorderen Bereich hinter Schweden (47 %) und gleichauf mit den Niederlanden. Lehrbezogene Ausgaben im tertiären Bereich 6.438 US\$ und damit leicht unter dem Ländermittel von 6.493 US \$. Am stärksten in Unterrichtsleistungen: USA (über 17.000 US \$), Kanada (über 12.000 US \$) und Niederlande (knapp 8.100 US \$).

▫ Aufgaben der Hochschulen

- Lehre und Studium
- Forschung und Entwicklung
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer
- Dienstleistungen

▫ Verantwortung der Hochschulen

- Studierende und deren Lebenszeit: Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Verpflichtung, Ergebnisse der Forschung kohärent in einem in definierter Studienzeit studierbaren Studienangebot zu präsentieren.

- Qualität von Lehre, Studium und Abschlüssen: interne und externe Qualitätssicherung sind eigene Aufgaben der Hochschule, denn angesichts der Geschwindigkeit der wissenschaftlichen Entwicklung und der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind administrativ-bürokratische Qualitätssicherungsverfahren wie Rahmenprüfungsordnungen oder ministerielle Fachaufsicht überfordert und zu langsam.
- Entwicklung der Wissenschaft: Hochschulen, insbesondere Universitäten als "Mutterwesen der Wissenschaft" (Hans-Uwe Erichsen), müssen grundsätzlich in Lage sein, an der Spitze der Wissenschaft deren Entwicklung mit zu bestimmen, auch wenn angesichts der Differenzierung der Wissenschaft und ihrer Kosten keine Universität in der Lage ist, in allen ihren Disziplinen in der Forschung international führend zu sein. Hochschulen müssen sich im Wettbewerb differenzieren.
- Internationalität und Entwicklung von Stadt und Region: Wissenschaft ist international, die Verantwortung für Internationalität in Forschung und Lehre kann der Hochschule niemand abnehmen. Als Wirtschaftsfaktor (Arbeitgeber) und "Stätte der Kultur" ist die Hochschule auch verantwortlich für Stadt und Region und deren Entwicklung - dies gilt jedenfalls für staatliche Hochschulen.
- Effizienter und effektiver Mitteleinsatz: Hochschulen, die mit Mitteln des Steuern zahlenden Bürgers finanziert werden, sind dafür dem Bürger und seinem Repräsentanten - Parlament und Regierung - rechenschaftspflichtig.
- Freiheit von Forschung und Lehre: Wissenschaft als "Erwartung des Unerwarteten" erfordert Freiraum für Denken und Arbeiten gegen den "mainstream": Nur starke Hochschulen können im Spannungsfeld zwischen institutioneller und individueller Autonomie die Freiheit des und der Einzelnen sichern.

▫ Aufgaben des Staates / staatlicher Hochschulpolitik in einem staatlich gegründeten, organisierten, regulierten und finanziertem Hochschulsystem

- Rahmenbedingungen gestalten (Hochschulgesetzgebung, Deregulierung, institutionelle Eigenverantwortung, aufgabengemäße, d. h. unterschiedliche Organisationsstrukturen) da Wissenschaft sich nicht staatlich administrieren lässt, sondern vom internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb geprägt ist und vorangetrieben wird.
- Finanzierung sichern: Finanzierung von Forschung und Lehre sind Aufgaben des Kulturstaats, vor allem in einer Gesellschaft, die sich auf dem Weg von der Produktions- zur Wissensgesellschaft befindet und in der deshalb Hochschulen "Zukunftswerkstätten" (Klaus Landfried) sind.
- Für Wissenschaft werben: Hochschulen bilden mehr als ein Drittel eines Altersjahrgangs aus, darunter wesentliche Teile der so genannten Führungselite, und sind entscheidender Bestandteil der Wissensbasis der Wissensgesellschaft, denn sie bewahren Wissen, weiten es aus und geben es weiter. Ihr Ansehen in Gesellschaft, Öffentlichkeit und Politik entspricht bei weitem nicht ihrer Bedeutung.

4. Derzeitige Hochschulfinanzierung in Deutschland

- Überwiegend Finanzierung der Länder, vielfach stagnierend oder rückläufig angesichts zurückgehender Landeshaushalte.

- Anteil des Bundes an der Grundfinanzierung über HBFVG bei Investitionen, indirekt über Forschungsfinanzierung und Nachwuchsförderung, im Wesentlichen durch DFG und BMBF sowie Beteiligung an Studien- (BAföG) und Hochbegabtenförderung.
- Private Mittel, geringfügig aus Stiftungen und Spenden, vorrangig aus Auftragsforschung, die insgesamt gering, indes für einzelne Fächer und Hochschulen erhebliche Bedeutung haben (v. a. Technische Hochschulen und Fächer).

5. Perspektiven der Hochschulfinanzierung

Westdeutschland hat über seine Verhältnisse gelebt. Die Kosten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Erweiterung der Europäischen Union sind Zukunfts-, weil Friedensinvestitionen. Aus diesen und anderen Gründen hat Deutschland derzeit viele finanzielle Probleme, die - so die EU-Kommission, der Sachverständigenrat und andere - in den letzten Jahren allerdings vorwiegend hausgemacht sind. "Der Staat in Deutschland ist nicht arm. Allerdings gibt er das Geld nicht durchweg an den richtigen Stellen aus. Das ist unser Problem. Die Menschen spüren doch, dass der Staat seine Mittel nicht immer vernünftig einsetzt, wenn ich nur daran denke, dass die Prozesse der Verbeamtung und der Bürokratisierung noch immer fast ungebremst weiterlaufen. Da müssen wir gegensteuern." (BMWA Wolfgang Clement im SZ-Interview am 12.12.2002). Deshalb muss der Staat sich auf seine Kernaufgaben zurücknehmen: Gewaltmonopol, innere und äußere Sicherheit, öffentliche Infrastruktur, soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Zukunftsvorsorge. Daraus ergibt sich für die Hochschulfinanzierung:

- **Prioritätensetzung:** Für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands als rohstoffarmes Land sind Investitionen in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung entscheidend. Hochschulen sind wie Schulen Bestandteil öffentlicher Infrastruktur und gesellschaftlicher Zukunftsvorsorge. Deshalb ist ihnen trotz der Haushaltsschwierigkeiten Priorität einzuräumen („Saatgut“ für die Zukunft“). Einige Länder haben bereits bei stagnierenden oder zurückgehenden Gesamthaushalten entsprechende Prioritäten gesetzt.
- **Verlässlichkeit und Planungssicherheit:** Durch mehrjährige, von den Landesparlamenten gebilligte Hochschulverträge / Hochschulpakete zwischen Landesregierung und Hochschulen haben einige Länder Verlässlichkeit und Planungssicherheit jenseits von Jahres- oder Doppelhaushalten gewährleistet.
- **Anreize zu Effizienz:** In der Regel sind die in Hochschulverträgen vereinbarten Zuwächse nicht ausreichend, um Personalkostensteigerungen und Inflationsraten abzudecken. Dazu werden den Hochschulen weitreichende Freiheiten von den Zwängen des staatlichen Haushaltsrechts eingeräumt, um so Effizienzrenditen zu erreichen und sparsam mit Steuerzahlers Geld umzugehen.
- **Wettbewerb zur Qualitätssteigerung in der Forschung:** Vor allem in der Forschung / Forschungsförderung haben die Länder auf mehr Wettbewerb gesetzt in der Annahme, dass im überregionalen Wettbewerb um knappe Mittel die Einwerbung begutachteter Drittmittel eine bessere Qualitätssicherung und einen effektiveren Mitteleinsatz gewährleistet. Deshalb haben die Länder gemeinsam mit dem Bund seit Anfang der neunziger Jahre die überregionalen Forschungseinrichtungen und insbesondere die DFG mit erheblich höheren Mittelzuwächsen ausgestattet als ihre eigenen Hochschulen. Deshalb ist es kurzsichtig und nicht zukunftsorientiert, wenn der Bund ein Überrollen der Mittelausstattung bei DFG und MPG sowie der Akademienvorhaben für 2003 angekündigt

hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als bereits seit dem 17. Juni 2002 einstimmige Beschlüsse der BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung und damit des Bundes und der Länder zu Steigerungen vorliegen.

- **Wettbewerb durch leistungsorientierte Mittelverteilung und Zielvereinbarungen:** In den Hochschulverträgen einiger Länder sind mehrjährige indikatorengestützte Systeme leistungsorientierter Mittelverteilung zwischen den Hochschulen eines Landes eingeführt, die sich auf die Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen stützen. Die Indikatoren sind von einem bereits 1992 vereinbarten und veröffentlichten Indikatorenset der HRK abgeleitet. Ferner sind in Zielvereinbarungen interne und externe Evaluation vor allem der Lehre zwischen Land und Hochschulen vereinbart worden. Empfehlenswert ist auch ein Benchmarking-Prozess zwischen vergleichbaren Hochschulen.
- **Umstrukturierung der Hochschulfinanzierung:** insbesondere in Stadtstaaten oder Ballungsgebieten sollte die lehrbezogene Hochschulfinanzierung umgestellt werden auf die Finanzierung von Modulen in modularisierten Studiengängen. Daraus ergäben sich Anreize zur Kooperation bei den so genannten Dienstleistungen in der Lehre zwischen Fächern, Fachbereichen und Hochschulen, weil diese finanziell attraktiv würden, und Erleichterungen bei der gegenseitigen Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen. Die Verrechnung der Module zwischen Hochschulen, Fachbereichen und Fächern wäre über die Belegung der Module durch die Studierenden mit Hilfe multifunktionaler Chipkarten EDV-gestützt mit geringem Aufwand zu realisieren. Es wäre zu prüfen, ob dazu eine gemeinsame Dienstleistungseinrichtung der Hochschulen eines Landes, ggf. in Kooperation mit privaten Unternehmen, z. B. einer Bank eingerichtet werden sollte, die die notwendigen Dienstleistungen schnell und kostengünstig erbringen könnte. Eine solche Einrichtung könnte auch dazu führen, dass eine konsequente aufgabenkritische Überprüfung der Funktionen der Hochschulverwaltungen vorgenommen wird.
- **Ausweitung der wissenschaftlichen Weiterbildung und des Wissens- und Technologietransfers:** Hochschulen können und müssen das in ihnen vorhandene Wissen an Wissenschaft, Gesellschaft und Öffentlichkeit weitergeben. Dazu dient vorrangig die wissenschaftliche Weiterbildung ihrer Absolventen, die angesichts der Beschleunigung der Wissensausweitung an Bedeutung gewinnt. Gleiches gilt für Wissens- und Technologietransfer an Unternehmen und Administration. Dazu sind kostendeckende Einnahmen anzustreben. (Voraussetzungen für individuelle Gehaltssteigerung durch Professorenbesoldungsreformgesetz gegeben).
- **Verstärkte Einwerbung von privaten Spenden und Beiträgen:** hier liegt ein ungeachtet regionaler Unterschiede nicht unbeträchtliches Potential, das von den Hochschulen entsprechend erschlossen werden muss. Dazu gehört auch die aufmerksame und kontinuierliche Pflege der Beziehungen der Hochschulen zu Stadt und Region und zu ihren Absolventen.
- **Einbeziehung privater Beiträge in die Hochschulfinanzierung (Studiengebühren):** Ein gebührenfreies Studium besteht in staatlichen Hochschulen in Deutschland erst seit dem WS 1970/71 auf Grund eines Beschlusses der MPK vom April 1970. Es kontrastiert mit Gebühren für Kindergärten und -horte. Gebührenfreiheit hat nicht dazu beigetragen, die „soziale Schieflage“ bei der Rekrutierung den Studierenden zu überwinden, die laut PISA-Studie auch für den Schulbereich nicht überwunden ist. Studiengebühren führen dazu, dass Studierende mit ihrer Entscheidung für Module im Gesamtkonzept ihres Studiums eine unmittelbare "Nachfragemacht" und damit auch ökonomische Bedeutung für Hochschulen, Fachbereiche, Fächer und Lehrende erhalten. Studiengebühren in einem

Hochschulsystem und einer Gesellschaft, die "higher education as a public good in public responsibility" betrachtet, werden jedoch nur die skizzierte Wirkung entfalten, wenn folgende Rahmenbedingungen verlässlich eingehalten werden:

- Studiengebühren sind Mittel, die den Hochschulen unmittelbar von den Studierenden zufließen.
- Studiengebühren fließen den Hochschulen zusätzlich zu. Sie führen / verleiten nicht dazu, dass der Hochschulträger (d. i. bei staatlichen Hochschulen, in denen in Deutschland rund 97 Prozent aller Studierenden eingeschrieben sind, der Staat) seine Aufwendungen für die Hochschulen vermindert.
- Alle Studierenden zahlen Studiengebühren in einer zu definierenden Höhe (z. B. 500 Euro / Semester - dies entspräche, der Preisentwicklung angepasst, den durchschnittlichen Gebühren / Hörergeldern in den Hochschulen der damaligen Bundesrepublik Deutschland bis zum Sommersemester 1970).

Die Studienförderung nach dem BAföG wird für alle BAföG-Empfänger um einen entsprechenden Zuschuss aufgestockt.

- Die Studienförderung nach BAföG kann sich je nach "Bedürftigkeit" / Einkommenssituation der Studienbewerber und Studierenden auch auf einen Zuschuss für die jeweiligen Studiengebühren oder für die Hälfte der Studiengebühren beschränken. Damit wird eine unangemessene Belastung von Studierenden und deren Eltern am Rande der bisherigen Förderungsgrenze vermieden.
- Die Einführung von Studiengebühren wird zusätzlich flankiert durch eine dem steuerbegünstigten Bausparen oder den steuerbegünstigten vermögenswirksamen Leistungen vergleichbare Einführung eines Bildungssparens: Ansparen für Bildung ist in gleicher Weise Zukunftsvorsorge wie Ansparen für Eigenheimbau und Altersvorsorge: Bildung ist Zukunftsvorsorge des Einzelnen und der Gesellschaft.

Mit solchen Rahmenbedingungen sind Studiengebühren ein Gebot sowohl der Gerechtigkeit der Lastenverteilung zwischen unterschiedlich Leistungsfähigen in der Gesellschaft als auch der Generationengerechtigkeit für unsere Kinder und Enkel.

Schlussbemerkung

„Die Bundesrepublik Deutschland muß als rohstoffarmes Land im Interesse ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Zukunftssicherung gerade angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Aussichten antizyklisch mit langem Atem in Qualifikation investieren. Dies ist auch notwendig zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation. Die junge Generation hat angesichts

- der Altersstruktur der Bevölkerung,
- der anstehenden Beseitigung von Umweltschäden aus Jahrzehnten zur Sicherung der natürlichen Grundlagen,
- der notwendigen Schaffung auch der inneren Einheit Deutschlands,
- der europäischen Entwicklung innerhalb und außerhalb der EG sowie
- der Verschuldung der öffentlichen Hände

nur mit einer über Qualifikation erreichbaren und zu sichernden Wettbewerbsfähigkeit die Chance, die auf sie zukommenden Lasten zu tragen und den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern.“ (Josef Lange: Akademikerbedarf und Akademikerbeschäftigung, in: Dt. Universitätszeitung 6/1995, S. 18 f.)

Protokoll der Podiumsdiskussion:

„Reiche Gesellschaft? - Armer Staat?“

Die Diskussion um diesen immer brisanter zu werden scheinenden Gegensatz entfacht insbesondere dann, wenn sich immer mehr Abiturienten eine angemessene Hochschulausbildung leisten können und sie dementsprechend auch fordern, jedoch der Staat immer mehr Probleme hat, diese zu finanzieren. Wie diesbezüglich die Realität zur Zeit in Deutschland aussieht und wie die Perspektiven der Hochschulfinanzierung sind, wird in der Podiumsdiskussion unter Berücksichtigung der folgenden Leitfragen diskutiert:

1. Sind deutsche Hochschulen unterfinanziert? Können wir uns einen Sparkurs in Bezug auf Bildung und insbesondere auf Hochschulen überhaupt leisten?
2. Ist unter den bestehenden Bedingungen eine Effizienzsteigerung im Forschungs- und Bildungsbereich realisierbar?
3. Welche Faktoren spielen neben den Hochschulen eine Rolle in der Bildungspolitik?

Bei der Diskussion dieser Leitfragen geht es weniger um die gesellschaftspolitischen bzw. philosophischen Probleme, die sich hinter den Begriffen „Bildung“ und „Hochschule“ verbergen. Vielmehr soll ein realistisches Bild der Finanzierungsfrage in Deutschland skizziert und mögliche Perspektiven und Lösungsansätze erarbeitet werden.

Ad 1.)

Bezugnehmend auf die Frage, ob sich die deutsche Gesellschaft einen Sparkurs im Hochschulwesen überhaupt leisten könne, erklärt Dr. Josef Lange, dass er radikale Sparmaßnahmen für äußerst problematisch halte. Andererseits könne man in der momentanen Situation, in der sich die Länder mit nominal sinkenden Haushalten zurecht finden müssen, den Hochschulen keine Budgeterhöhungen versprechen.

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel vertritt die Meinung, dass die Universitätsleitung in Zeiten von Geldmangel sich nicht nur im Jammern üben, sondern mehr Verantwortung zeigen sollte, indem ganz klare Prioritäten gesetzt und auf unnötige Ausgaben verzichtet werden. Des weiteren sieht sie keinen Zusammenhang zwischen einem hohen Budget und guter Qualität in der Hochschulausbildung. Aus diesem Grund verlangt sie sogar, dass die Hochschulen auch mit weniger Geld Leistungssteigerungen aufweisen und leistungsschwache Institute geschlossen werden.

Dr. Rüdiger Pernice betont in diesem Zusammenhang, dass ein leistungsstarkes Hochschul-, Forschungs- und Qualifizierungssystem nicht zur Luxus- sondern zur Grundausrüstung eines Staates gehören sollte. Im Vergleich zum Jahr 1970 hat sich die Studierendenzahl von einer auf zwei Millionen verdoppelt – es ist aber fraglich, ob man auch von einer Verdoppelung der Förderung sprechen kann. Er stellt des weiteren fest, dass es bis 1999 keine dramatischen Spareingriffe gegeben habe und seitdem die Förderung stagniere – dennoch sei eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung bei steigenden Studierendenzahlen problematisch, wenn die Universitäten keine finanziellen Zuwächse zu verzeichnen haben.

Ad 2.)

In Bezug auf eine mögliche Effizienzsteigerung betont Prof. Dr. Margret Wintermantel, dass diese nur einhergehen kann mit einer Budgeterhöhung im Hochschulbereich und insbesondere mit einer Steigerung der Mittel für die Forschung. Dies sei eine Garantie für Wachstum und Produktivität innerhalb der geförderten Forschungsbereiche und somit auch der gesamten Wirtschaft eines Landes. Als Beispiel erwähnt sie in diesem Zusammenhang den positiven Einfluss der Biowissenschaft auf die Wirtschaftslage in den USA. In Deutschland krankt die Wirtschaft schon seit langem und eine Erhöhung der Forschungsbudgets - zum Beispiel im pharmazeutischen Bereich – könnte neuen Aufschwung bringen. Prof. Dr. Margret Wintermantel betont jedoch auch, dass es wichtig sei, die Förderung leistungsorientiert zu verteilen und dass aus diesem Grund Methoden der Evaluierung und Qualitätssicherung anzuwenden seien.

Ein anderes Modell der Effizienzsteigerung stellt sich Prof. Dr. Gisela Färber vor: Nach ihrer Meinung lassen sich Wachstumsprozesse im Hochschulwesen auch ohne einen finanziellen Mehraufwand ankurbeln. Man müsse dazu nur die vorhandenen Ressourcen besser nutzen. Als Beispiel hierfür nennt sie die Verbesserung der Kooperation zwischen universitären Einrichtungen und Forschungsinstituten, die oft komplementär aufeinander einwirken können. Des weiteren schlägt sie vor, den Universitäten mehr Anreize für wirtschaftliches Handeln zu geben. In diesem Kontext könnte man sich vorstellen, dass die Steuern von Universitätsabsolventen nur zur Förderung der Universität eingesetzt werden, an der sie auch studiert haben. Dies würde voraussetzen, dass der Einzug der Steuern zum Teil wohnortsunabhängig vonstatten gehen müsste. Durch eine solche Rückkopplung der Finanzierung könnten sich die Hochschulen ihr eigenes Budget verdienen.

Martin Sand, der in dieser Diskussion die Sicht der Studierenden vertritt, plädiert in erster Linie für eine Erhöhung der Mittel, die dazu genutzt werden soll, die Ausstattung an den Universitäten zu verbessern. Als Beispiele nennt er die Optimierung der Bibliotheken oder der Betreuung der Studierenden durch Lehrende. Als Finanzierungsmodell stellt er sich eine durch Steuern, das heißt öffentlich finanzierte Bildung vor. Er lehnt privat finanzierte Modelle und somit jegliche Arten von Studiengebühren ab, da diese Finanzierungsformen direkte soziale Auswirkungen auf die Studierenden und Absolventen haben. Eine Effizienzsteigerung hält Martin Sand allerdings nicht nur durch die Erhöhung der Mittel für möglich, sondern auch durch eine effizientere, sprich leistungsbezogenere Verteilung der vorhandenen Mittel. Wichtig hierbei sei, dass sich diese Leistungskomponente bei der Mittelvergabe sowohl auf die Forschung als auch auf die Lehre beziehen soll.

Ad 3.)

Als zusätzliche Faktoren, die in der Hochschulfinanzierung eine Rolle spielen, nennt Dr. Josef Lange die Ministerien, die einen nicht zu vernachlässigenden Teil des Bildungsbudgets verschlingen. Er plädiert für mehr Eigenverantwortung seitens der Hochschulen und somit für den Abbau von Finanz- und Wissenschaftsministerien, da auf diese Weise Effizienzreserven im System freigelegt werden können.

Dr. Rüdiger Pernice sieht die Universitäten als tragende Säulen für die Zukunftsentwicklung eines Landes. Nur durch ausgezeichnete Qualität in der Wissenschafts-, Bildungs- und Forschungsentwicklung sei Deutschland dazu in der Lage im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Aus diesem Grund zählt er gute Ausbildungsstätten zu einem festen Bestandteil des

Generationenvertrags, für den, wenn er nicht mehr aus Steuereinnahmen zu bewältigen ist, andere Finanzierungsquellen gefunden werden müssen.

Prof. Dr. Heiner Müller-Merbach geht noch einen Schritt weiter und behauptet, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates nicht nur von den Hochschulen abhängt, sondern sogar schon im Klassenzimmer beginnt. Das heißt, dass nicht nur die Hochschulen ihre Qualität sichern und verbessern müssen, sondern dass auch schon an den Schulen die Effizienz gesteigert werden muss. Als dritten Faktor, der wichtig ist für die Finanzierung von Bildung, nennt Prof. Dr. Heiner Müller-Merbach die Ministerien. Er kritisiert, dass das deutsche System zu starr und unflexibel sei und dass ineffiziente Mitarbeiter zu lange geduldet werden. Außerdem fehlt an Schulen, Hochschulen und Ministerien die Bereitschaft, gegenseitig Verantwortung füreinander zu tragen, was zusätzliches Misstrauen schürt. So reduzieren zum Beispiel die Hochschulen jede politische Reform zu einem Mittel, mit dem die Ministerien Geld sparen könnten, anstatt sie als Chance zur Produktivitäts- und Effizienzsteigerung zu sehen.

Protokoll der Plenumsdiskussion:

Herr Gersonde gibt zu bedenken, dass man im Bereich der Hochschulfinanzierung über eine Systemänderung, das heißt über andere Finanzierungsgrundlagen nachdenken müsse. Im Verlauf der Jahre sind die Aufgaben in diesem Bereich immer größer geworden, so dass sie auch immer mehr Geld verschlingen. Diese Kostenlast dürfe aber nicht alleine auf dem Rücken des Steuerzahlers liegen. Man müsse vielmehr dazu übergehen, die Universitäten in den Privatsektor zu überführen, so dass ein Großteil der Finanzierung – wie es zum Beispiel auch in den USA der Fall ist – durch Gebühren oder Stiftungen bestritten werden könne.

Herr Breitenbach beschwert sich darüber, dass heutzutage auf sehr hohem Niveau geklagt wird und stellt in Frage, ob die momentane Situation wirklich so schwierig sei. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die problematischen Zeiten in den Jahren 1975 bis 1980, in denen man versucht hat, den Studentenberg durch drastische Unterfinanzierung zu untertunneln. Im Vergleich zu damals habe man heute mehr Geld und weniger Studierende, so dass die momentane Situation durchaus akzeptierbar sei. Herr Breitenbach hält eine Erhöhung der Mittel nur dann für erforderlich, wenn sie der Umsetzung einer Studienreform gelte. Des weiteren müsse man in Zeiten des Geldmangels Prioritäten setzen und sich auf die Förderung der Schwerpunkte konzentrieren. Dies würde allerdings eine eher wirtschaftsorientierte Forschung und ein kosteneffizienteres Hochschulmanagement und somit strukturelle Reformen an den Universitäten voraussetzen.

Frau Wintermantel hält diese Vorschläge für richtig und vernünftig, gibt aber zu bedenken, dass oftmals die Bereitschaft, den Globalhaushalt der Universität sinnvoller zu nutzen, durch die ständige Spardiskussion gesenkt wird. Sie gibt Herrn Breitenbach voll und ganz recht, indem sie eine Profil- und Schwerpunktbildung der Universitäten befürwortet, warnt aber, dass dabei das Innovationspotential nicht auf der Strecke bleiben darf.

Martin Sand sieht in diesem Bereich einen direkten Zusammenhang zwischen der Reformbereitschaft der Hochschulen und der Investitionen, die die Länder tätigen. Somit müssen sowohl die Hochschulen als auch die Länder gemeinsam die Verantwortung tragen, wenn es darum geht, eine sinnvolle Mittelvergabe zu garantieren.

Frau Nümann-Seidewinkel vertritt die gegensätzliche Meinung, dass sogar erst durch den Spardruck die Reformbereitschaft bei Universitäten geschürt werde. Sie sieht die Sparmaßnahmen somit sogar als eine Chance zu Veränderungen im Hochschulbereich. Als Beispiel führt sie in diesem Kontext die Einführung von Juniorprofessuren oder der neuen Master- und Bachelor-Studiengänge in Deutschland an. Sie sieht darüber hinaus allerdings noch andere Reformpunkte und nennt die Schulen als ein Beispiel dafür.

Herr Gillo macht auf die neue, innovative Forschungslandschaft im Saarland aufmerksam, die sich im Bereich Technologietransfer herausgebildet hat. Bezüglich der Kooperation zwischen Ministerium und Universität wirft er allerdings beiden Verhandlungspartnern vor, dass Instrumente wie zum Beispiel die Hochschulvereinbarung ungenutzt bleiben. Durch die Umsetzung solcher Instrumente könne man eine leistungsbezogenere Förderung sicherstellen und neue Forschungsideen ohne Spardruck und Misstrauen ankurbeln.

Herr Brück sieht zwischen Ländern und Universitäten kein Spannungsverhältnis sondern eher ein Förderverhältnis, das dadurch optimiert werden kann, indem die Politik für die Hochschulen werben soll und umgekehrt. Des weiteren besteht für ihn ein direkter

Zusammenhang zwischen den staatlichen Einnahmen und den Fördermöglichkeiten der Länder.

Frau Reichert macht darauf aufmerksam, dass die Haushaltssperre die Universität des Saarlandes eher unterproportional getroffen hat, da der Haushalt der Uni im Vergleich zum Landeshaushalt überproportional gestiegen sei. Nach ihrer Meinung seien allerdings die 200.000 Euro, die das Land in Gesamtschulen investiert habe, besser an der Universität angelegt gewesen. Des weiteren erwähnt sie in diesem Zusammenhang den Begriff des „Public Privat Partnership“, das heißt, das sich die Hochschulen neue Tätigkeitsgebiete bzw. Finanzierungsmodelle suchen sollten, um sich durch alternative Drittmittelquellen einzudecken.

Herr Lange vertritt die Meinung, dass Spardruck zu Veränderungen führe, denkt aber auch, dass man den Universitäten andere Anreize zur Effizienzsteigerung geben müsse. Außerdem sollten die Hochschulen es anstreben, Mehrheiten in der Politik für sich zu gewinnen, um auf diese Weise Unterstützung zu erhalten. Auch er plädiert für das Prinzip des „Public Privat Partnership“ in der Forschung und fordert, dass die Industrie eine weitere Finanzierungsquelle für die Hochschulen darstellen solle. Als Beispiel nennt er die Einrichtung von wissenschaftlicher Weiterbildung an den Hochschulen. Wichtig hierbei sei, dass solche Aufgaben nicht mehr an externe Dienstleister ausgelagert werden, so dass die Einnahmen den Universitäten zur Verfügung stehen würden. Eine Möglichkeit der effizienteren Mittelvergabe sieht er in Zielvereinbarungen. Auf diese Weise wird nicht nur das Prinzip der Leistungsorientierten Förderung gestärkt, sondern auch die Motivation zu Veränderungen erhöht.

Herr Pernice skizziert die Aufgaben der Länder und Universitäten folgendermaßen: Zum einen sollten die Hochschulen sich nur noch auf eine exzellente Berufungspolitik einlassen. Zum anderen sollte die Drittmittelfähigkeit durch aktive Präsenz der Landesvertreter bei der bundesweiten Mittelvergabe gesteigert werden. Weiterhin sollten zusätzliche Stellen von der Landesregierung zur Universität verlagert werden. All diese Maßnahmen seien nicht nur kostengünstig sondern auch effizienzsteigernd. Nach Meinung von Herrn Pernice greife hier das Motto „Power durch Partnership“. Auf diese Weise könne die Hochschule ihre Selbstfinanzierung erhöhen, stärkere Wirtschaftsimpulse geben und ihre kreativen Potentiale erschließen. Zusätzlich würde die Motivation der Wissenschaftler durch die politische Unterstützung gefördert.

Frau Wintermantel stimmt den Vorschlägen von Herrn Pernice zu und beschreibt, dass sich der Entwicklungsplan der Universität des Saarlandes gerade in Bearbeitung befindet. Ausgearbeitet werden sollen konkrete Zielvereinbarungen und Finanzierungsbedingungen zwischen der Universität und der Landesregierung. In Bezug auf die Drittmittelsituation gibt sie zu bedenken, dass die DFG gerne bereits blühende Landschaften fördert und dass auf diese Weise oftmals die Kompensierung von Schwächen in der Grundausstattung schwacher Forschungsbereiche nicht möglich sei. Nichtsdestotrotz hält sie die Universität für einen nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftsfaktor, der dem Saarland wichtige Impulse liefere.

In Bezug auf die Drittmittelverteilung gibt Frau Nümann-Seidewinkel zu bedenken, dass oft sinnlose Projekte gefördert werden. Sie schlägt vor, die Drittmittelanträge besser zu prüfen und die Gelder sinnvoller zu verteilen.

Dieser Meinung schließt sich Frau Färber an, indem sie fordert, dem Steuerzahler die Verteilung der Steuergelder transparent zu machen. Nach ihrer Meinung sollten

Studienreformen nicht aus der Politik sondern aus den Universitäten selbst entstehen. Des weiteren plädiert sie für eine Privatisierung der Hochschulen: Ein attraktives Lehrangebot sollte durch gesteigerte Einnahmen belohnt werden. Außerdem sollten sich die Universitäten Beratungsdienstleistungen vollkostendeckend bezahlen lassen und nicht mehr auf der Basis von ehrenamtlichen Diensten oder durch Privathonorare abgelden. Als weitere Einnahmequelle sollten auch vermehrt Stiftungen in Betracht gezogen werden.

Auch Herr Sand vertritt die Meinung, dass zunehmend Alumni-Strukturen aufgebaut werden sollten, da dies nicht nur erhöhte Einnahmen bringe, sondern auch das Campus-Gefühl und die Attraktivität der Hochschule steigern.